

# Kampfansage an Funklöcher

Staat will Standorte errichten · Anbieter: Stadt Marburg und Uni verhindern Ausbau

Die Bundesregierung will den Internet- und Handyempfang grundlegend verbessern.

**Berlin.** Planungsverfahren beim Ausbau der Mobilfunk-Infrastruktur sollen schneller werden. Der Staat will selbst Standorte errichten, wenn sie für Betreiber unwirtschaftlich sind. Das sieht eine Mobilfunkstrategie vor, die das Bundeskabinett

auf einer Klausur in Meseberg beschloss.

Für eine flächendeckende 4G-Versorgung wollen die Mobilfunkbetreiber tausende neue Standorte errichten. Allerdings gibt es dagegen in der Bevölkerung Vorbehalte. Deshalb will die Bundesregierung mit einer „Kommunikationsinitiative“ für mehr Verständnis und Akzeptanz werben.

■ In einer E-Mail behauptet ein Mobilfunkanbieter indes, der

Netzausbau in Marburg werde erschwert, weil die Universität beispielsweise den Vertrag für die Mobilfunkantennen auf der alten Universitätsbibliothek nicht verlängere. Und: Von städtischer Seite verhindere ein Beschluss, „dass städtische Liegenschaften als Mobilfunkstandorte zur Verfügung gestellt werden“, heißt es in der Mail, aus der Peter Lather, Vorsitzender des IHK-Regionalausschusses Marburg, während des

Wirtschaftstags des AFK zitierte. Hinzu kämen Auflagen durch Denkmalschutz und Gestaltungssatzung. Uni-Präsidentin Professor Katharina Krause sagte, die Uni könne keine Dächer für Mobilfunk mehr zur Verfügung stellen, da diese marode seien. Bürgermeister Wieland Stötzel (CDU) sagte, dass ihm „dieses Schreiben nicht bekannt“ sei – es gebe aber „keine ablehnende Haltung der Stadt Marburg“.

# Weißer Flecken sollen verschwinden

Eine Milliarde Euro gegen Funklöcher · Kampagne soll Angst vor Gesundheitsschäden mindern



Ein Mobilfunkmast auf einer Anhöhe im rheinland-pfälzischen Meisenheim.

Foto: Andreas Arnold

Deutschland muss bei der Digitalisierung aufholen, will es wirtschaftlich mithalten. Doch viele Bürger sehen den Bau neuer Mobilfunkmasten mit Argwohn.

## Fortsetzung von Seite 1

**Meseberg.** „Vor uns liegt viel Arbeit“, sagte Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Vor allem auf dem Land gibt es noch viele „weiße Flecken“ beim schnellen Mobilfunk. Für eine flächendeckende 4G-Versorgung wollen die Mobilfunkbetreiber in den kommenden Jahren tausende neue Standorte errichten.

Allerdings gibt es in der Bevölkerung zum Teil erhebliche Vorbehalte gegen den Bau neuer Masten. Grund dafür ist unter anderem die Sorge vor zusätzlicher Strahlenbelastung. Aus

Sicht des Bundesamts für Strahlenschutz müssen sich Bürger keine Sorgen um Gesundheitsschäden durch Mobilfunkmasten machen, solange die Grenzwerte eingehalten werden. Die Auswirkungen des Mobilfunks für die Gesundheit seien inzwischen gut erforscht, sagte die Präsidentin der Behörde, Inge Paulini. Diese Erkenntnisse ließen sich „weitgehend“ auf den neuen 5G-Mobilfunk übertragen, da die im Frühsommer versteigerten Frequenzbereiche „identisch oder vergleichbar“ mit bislang genutzten seien.

Ein flächendeckender 4G-Ausbau soll die Grundlage bilden für den Aufbau der neuen Mobilfunkgeneration 5G, die vor allem in der Industrie, aber auch in der Landwirtschaft zum Einsatz kommen soll. Dabei gibt es seit Monaten Streit in der Koalition darüber, ob der chinesische Konzern Huawei am 5G-Aus-

bau in Deutschland teilnehmen darf. Merkel bekräftigte, die Sicherheitsanforderungen beim 5G-Netz sollten verbessert werden. Um Funklöcher beim 4G-Netz zu schließen, will die Regierung mehr als eine Milliarde Euro zur Verfügung stellen. Die Regierung will eine Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft gründen, um den Ausbau zu unterstützen und selbst Aufträge zu vergeben.

■ Das Thema Mobilfunk-Ausbau treibt auch die heimische Wirtschaft um – und war unter anderem Thema beim jüngsten Wirtschaftstag des AFK am Donnerstag. Die IHK hatte bei den Mobilfunkbetreibern angefragt, wie deren Pläne für den Netzausbau im Landkreis aussehen. Peter Lather, Vorsitzender des Regionalausschusses Marburg, zitierte aus einer Antwort eines der drei großen Anbieter. Dort heißt es, dass die

Universitätsstadt Marburg traditionell wegen einer „äußerst kritischen Haltung der Stadtverwaltung gegenüber dem Netzbetreiber“ schwierig zu erschließen sei. So behindere „ein Beschluss, dass städtische Liegenschaften als Mobilfunkstandorte zur Verfügung gestellt werden“, heißt es in der Mail – hinzu kämen „hohe stadtplanerische Anforderungen durch Denkmalschutz und Gestaltungssatzung“, die Stadt selbst würde „keine eigenen Vorschläge für Standorte“ unterbreiten.

Das größte Problem gebe es indes „unerwarteterweise am Mobilfunkstandort auf der Unibibliothek Marburg“: Die Uni habe den Mietvertrag gekündigt, lehne neue Nutzungsverträge auf ihren Liegenschaften grundsätzlich ab. „Wir müssen damit rechnen, jederzeit zum Rückbau aufgefordert zu werden“, zitierte Lather aus der Mail.

Professorin Katharina Krause, die Präsidentin der Philipps-Universität, betonte: „Dächer der Philipps-Universität sind nicht in dem Zustand, dass man langfristig darauf Installationen vornehmen kann.“ Daher könne man keine langfristigen Mietverträge abschließen, „und zur Sanierung der Dächer sind die Finanzen nicht da“.

Bürgermeister Wieland Stötzel (CDU) wies die Anschuldigungen zurück. Vielmehr warte er selbst schon ein halbes Jahr auf Antwort eines Mobilfunkbetreibers, „um die westlichen Außenstadteile wieder ans Netz zu bekommen, weil ein Sendemast, der kaputtgegangen ist, nicht mehr in Gang gesetzt wird“. Es gebe „keine ablehnende Haltung der Stadt Marburg, dass wir dem Mobilfunk oder der Netzabdeckung ablehnend entgegenstehen – ganz im Gegenteil“, so Stötzel.